

PRESSEMITTEILUNG

Stalin wäre stolz auf uns!

Utl.: Zwangskollektivierung zur Durchsetzung der „Gesamtschule“ - bitte, geht's noch peinlicher?

Exakt 55 Jahre nach Abzug der sowjetischen Truppen aus Österreich will der Landesschulpräsident von Oberösterreich mittels staatlicher Hoheitsgewalt - sowie Schließung der Privatschulen - das ganze Land bezirksweise in Einheitsschulen zusammenfassen. Diese Idee hatte bereits Unterrichtsministerin Schmidt, als sie im Sommer 2007 mit einer Zwangskollektivierung, der damals noch „Gesamtschule“ genannten „Neue Mittelschule“, hau-ruck artig - an der Verfassung vorbei - in Österreich umsetzen wollte.

Auch damals schon war das Schließen von Privatschulen zur Verhinderung von „Fluchtmöglichkeiten“ renitenter Eltern im Gespräch.

Seitdem geschah kaum Substanzielles um die „Gesamtschule“ nachvollziehbar zu argumentieren. Im Gegenteil: Selbst teuerste Imagekampagnen der Ministerin, das inflationäre Aufzeigen von OECD Studien, die uns ÖsterreicherInnen die eigene Situation erklären wollen sowie überdurchschnittliche Geldeinbutterung in den derzeitigen Schulversuch „Neue Mittelschule“ konnten nicht verhindern, dass kaum ein Gymnasium zur „neuen Mittelschule“ mutieren wollte. Damit ist das Konzept aber nicht mehr als eine - durchaus erforderliche - Aufpeppung der Hauptschulen und KMSen.

Wo bitte sind die Sachargumente? Ja, richtig, die aggressiven Hauptschüler werden ruhiger, wenn sich auch nicht aggressive Kinder unter ihnen aufhalten. Wie durchgeknallt ist derjenige eigentlich, der sich das ausgedacht hat? Was sind das denn für Argumente für gerade Schultypen entscheidungssuchende Eltern? Was denken sich Eltern von Kindern, die gerade in der Hauptschule sind? Beleidigender geht's ja nicht mehr!

Apropos Argumente: anstatt endlich nachvollziehbare Gründe für eine flächendeckende Gesamtschule zu bringen, gefällt sich die Kanzlerpartei in peinlichem Gejohle, wenn wieder ein „Blockierer umfällt“, sogar wenn es eine ÖVP-Ministerin Karl ist, die der heiligen sozialistischen Kuh, dem freien Unizugang, ans Leder will. Nur zur Erinnerung, dafür hat Kanzler Faymann vor der letzten Wahl eigens eine als „offen“ erklärte Nationalratssitzung zur Abschaffung der Studiengebühren verwendet.

Ist es nicht viel mehr so, Herr Bundeskanzler, dass die Gesamtschule aus SPÖ Sicht die ideale Möglichkeit darstellt, mit billigen Mitteln dem eigenen Wahlvolk den Sand von „höherer Bildung ohne Anstrengung“ in die Augen zu streuen?

Billig, weil gehaltsmäßig anstatt der A-Gehaltsempfänger (AHS-Lehrer) weit günstigere B- und C-Beamte als Retorten-Pädagogen nach Schema-F am Fließband kostenschonend ausgebildet werden können.

Ohne Anstrengung deswegen, weil noch immer kein SPÖ Politiker auszusprechen wagt, dass nur (Lern-)leistung das eigene Wissen vermehrt. Da tut man sich leicht, andere „Blockierer“ zu nennen.

Wann gibt man endlich zu, dass es sich rein ums Geld handelt? Chancengleichheit besteht ja jetzt auch schon - Matura kann jeder machen der will! Und studieren auch, wenn Ministerin Karl endlich Ideen zur Verbesserung der gerade katastrophalen Uni-Bedingungen einfallen würden. Nur Zugangsbeschränkungen sind als Konzept einer Spitzenpolitikerin wohl einen Tick zu wenig.

Apropos Blockierer: die österreichische Verfassung beinhaltet das Prinzip der Meinungsfreiheit. Seit wann sind Menschen mit anderer Meinung Blockierer?

Apropos Verfassung: In dieser ist nicht nur das Grundrecht geregelt, Gewerkschaften zu gründen und ihnen beitreten zu können sondern auch Teil der österreichischen Verfassung sind die Europäischen Menschenrechtskonventionen. Im 11. Zusatzprotokoll selbiger ist eindeutig das Recht der Eltern festgehalten, entsprechend ihrer weltanschaulichen Einstellung den Schultyp für ihre Kinder auswählen zu dürfen. Ein republikanischer Rechtsstaat im Herzen Europas hat daher mindestens eine Alternative zum öffentlichen Schulsystem anzubieten oder zumindest zu fördern.

Womit wir wieder bei den Privatschulen wären. Der ungebrochene und steigende Zulauf an Anmeldungen vor allem an den katholischen Privatschulen zeigt außerdem eindeutig, was Eltern von Konzepten a'la Gesamtschule wirklich halten.

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler Faymann, sehr geehrte Ministerinnen Schmid und Karl, sehr geehrter Herr Landesschulratspräsident Enzenhofer, der Landesverband katholischer Elternvereine Wiens fordert Sie hiermit auf, sachdienliche Argumente zur aktuellen Schuldiskussion auf den Tisch zu legen, anstatt sich um ohnehin gut funktionierenden Privatschulen zu kümmern.

Rückfragehinweis: Landesverband Katholischer Elternvereine Wien
Hr. Mag. Christian Hafner; Tel.: +43 0664 89 03 953;
Email: wien@hvkev.at; Homepage: www.hvkev.at/wien